



Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 12. Jg. • Mai 2012 • Nr. 36

Langenhorn 73: Vorfahrt für Wohnungsbau

Entwurf des Bebauungsplans
Langenhorn 73, Stand April 2011
Planbearbeiter: Plankontor Stadt
und Land GmbH im Auftrag des
Bezirksamts Hamburg-Nord

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen, wieviel Transparenz braucht die Politik, wieviel Transparenz braucht Hamburg? Diese Frage stellt sich akut nicht nur wegen der aktuellen Erfolge der „Piraten“, sondern auch angesichts der sog. Transparenzinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“. Gelingt keine Einigung mit der Initiative, so kommt es – wenn die Initiative zwischen dem 27.08. und dem 17.09.2012 mehr als 62.000 Unterschriften sammelt – am Tag der Bundestagswahl zum Volksentscheid darüber, ob Hamburg zur Stadt mit „gläserner Verwaltung“ wird“.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat bereits in der letzten Legislatur deutlich gemacht, dass sie etwa mit der Befürwortung eines Informationsregisters für mehr Transparenz ist als das derzeitige „schwarz-grüne“ Informationsfreiheitsgesetz zulässt, jedoch hat die Expertenanhörung zum Gesetzentwurf der Initiative im Justizausschuss gezeigt, dass der bisherige Entwurf beim Schutz von Persönlichkeitsrechten und von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nicht mit geltendem Verfassungsrecht vereinbar ist. Auch in praktischer Hinsicht stellt sich die Frage, inwieweit es klug ist, jeden Vertrag, den die FHH schließt, öffentlich zu machen oder, ob Hamburg etwa sämtliche Geodaten kostenlos ins Netz stellen soll. Derzeit warten wir auf den überarbeiteten Entwurf der Initiative. Die SPD ist m.E. klug beraten, hier einen möglichst breiten Konsens anzustreben, da das Thema ganz langfristige Auswirkungen haben wird. Allerdings ist darauf zu achten, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird: Transparenz ist gut und wichtig für die Demokratie und zur Korruptionsprävention, aber vielfach gibt es auch Kollisionen mit anderen wichtigen Belangen wie dem Datenschutz und unserem Interesse an einer effektiven Verwaltung. Dass uns die Korruptionsbekämpfung am Herzen liegt, hat die SPD-Fraktion mit ihren Bürgerschaftsinitiativen zur Abgeordnetenbestechung und zum Korruptionsregister bereits unter Beweis gestellt.

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Urs Tabbert

Inhaltsverzeichnis

Finanzpolitik	
Steuergerechtigkeit	3
Wohnungsbaupolitik	
Langenhorn 73	4–5
Rechtsextremismus	
NPD trotzdem verbieten	6
Holocaust	
„Einfach Esther“	7
Stadtentwicklung	
Fragen ohne Antwort	8
Kreisintern	
Arbeitskreis Soziale Stadt	9
AsF Hamburg Nord gewählt....	9
Jusos	
Europa verstehen.....	10
Jusos Barmbek-Dulsberg	11
Juso-Kreisvorstand gewählt..	12
Jubliäum	
Anna Gühlcke – oder 65 Jahre gelebte Sozialdemokratie	13
Kreisvorstand	14
Abgeordnete	15
Impressum	16

Leitlinien

Liebe Genossinnen und Genossen, derzeit finden in der Hamburger SPD die Organisationswahlen statt. Im Mai werden wir unseren Kreisvorstand und im Juni einen neuen Landesvorstand wählen. Nach der Sommerpause müssen wir uns auf den Bundestagswahlkampf vorbereiten und die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl 2013 aufstellen. Wir wollen die Regierung der CDU-FDP-Koalition in Berlin beenden, um eine konsequente Energiewende in Deutschland zu bewirken, eine gerechte Steuerpolitik zu ermöglichen und den gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen. Vor gut einem Jahr sind wir in Hamburg mit absoluter Mehrheit zur Regierungspartei gewählt worden. Das war ein großer Erfolg, ist aber nicht nur angenehm. Die jetzigen Oppositionsfraktionen von CDU und GAL zögern keine Sekunde, uns die Verantwortung für Probleme zu geben, die sie hinterlassen haben. Wir haben sofort damit begonnen, unsere Wahlversprechen umzusetzen: Die schwarz-grünen KITA-Gebührenerhöhungen und Kürzungen in der Kultur sind zurückgenommen. Aufgrund von Einsparungen an anderer Stelle haben sich die Gesamtausgaben gegenüber den Haushaltsplänen des Vorgängersensats dadurch nicht erhöht. Steuermehreinnahmen aufgrund der guten Konjunktur konnten wir zur Haushaltskonsolidierung einsetzen. Allein die Tilgung eines teuren Darlehens beim Bund spart 10 Millionen Euro Zinsen jährlich. Die Bezirke haben das Ziel von jährlich 6.000 Wohnungsbaugenehmigungen bereits im ersten Jahr 2011 erreicht und sogar übertroffen. Eine Entflechtung der Zuständigkeiten von Lan-

desbehörden und Bezirksämtern soll die selbstständige Aufgabewahrnehmung der Bezirke stärken und kostenträchtige Doppelarbeit von Behörden vermeiden. Viele Aufgaben liegen in den kommenden Jahren noch vor uns. Für einiges werden wir Beifall erhalten, anderes wird Ärger geben. Die Sanierung von Straßen, Schulen und Hochschulen muss bewältigt werden. Die Einführung der Stadtteilschulen, ein deutlicher Anstieg der Schülerzahlen und kleinere Klassen kosten viel Geld. Kinder und Jugendliche, die bisher am Nachmittag in Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit waren, werden mit dem Ausbau der Ganztagesbetreuung künftig in der Schule betreut. Dies wird eine Anpassung der Jugendhilfe erfordern, um Kinder und Familien mit den insgesamt knappen finanziellen Mitteln bestmöglich zu unterstützen. Es gibt für den Senat, unsere Abgeordneten und die gesamte Hamburger SPD in den kommenden Jahren viel zu tun, aber es gibt auch großen Zuspruch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Umfragen sehen die Hamburger SPD ein Jahr nach der Neuwahl bei 52 Prozent. Wenn das kein Ansporn für weitere gute Arbeit ist ...
Euer Kreisvorsitzender



Peter Tschentscher

Hamburg schuldenfrei machen – Leistungsfähigkeit erhalten

Nachhaltiger Schuldenabbau verlangt eine Stärkung der Einnahmen, wenn das Gemeinwesen nicht kaputtgespart werden soll

Von Sönke Klages

Es war im Sommer 2009, kurz vor der Bundestagswahl. Als eine der letzten Aktionen der großen Koalition wurde die sogenannte „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz geschrieben, ohne dass für eine solch weitreichende Festlegung vorher ausreichende Zeit zur Diskussion in der SPD bestand.

Damit wurde nicht nur für den Bund, sondern auch für Länder und Kommunen eine Vorgabe gesetzt, die die zukünftige Haushaltspolitik massiv einschränkt. Für die Bundesländer, also auch Hamburg, lautet die Regel, dass ab 2020 die Aufnahme öffentlicher Kredite nur noch in sehr eng begrenzten Ausnahmesituationen und in sehr engem Maße zulässig ist.

Die Bundesländer sind nun gezwungen, diese grundgesetzliche Vorgabe umzusetzen. Vor kurzem hat sich daher die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit FDP und GAL über eine entsprechende „Schuldenbremsen“-Klausel für die Hamburgische Landesverfassung geeinigt – leider auch, ohne die Partei in die Diskussion mit einzubeziehen.

Partei nicht vergessen!

Hamburgs SPD sollte aufpassen, dass die alte Untugend nicht wieder einreißt, dass wichtige Entscheidungen nur von Regierung und Fraktion getroffen werden, ohne dass die Partei an der Willensbildung beteiligt wird. Hier ist vor allem der Landesvorstand in der Pflicht, aber auch die Kreise und Distrikte. Wenn es in der SPD einen Konsens über die Lehren aus den Bundestagswahl-Desastern von 2005 und 2009 gab, dann doch den, dass Hauruck-Beschlüsse und „Basta“-Politik von oben nur Unheil anrichten.

Doch zur Sache selbst: Der Entwurf der SPD-, GAL- und FDP-Fraktion ist natürlich an den Stellen unproblematisch, wo er die grundgesetzliche Vorgabe einfach

in Landesrecht umsetzt. Der Entwurf ist dort gut, wo er die zulässigen Ausnahmen klar definiert: Bei außerordentlichen Krisensituationen (z.B. Naturkatastrophen) und bei starken Konjunkturschwankungen. Vor allem letzteres ist wichtig, um noch ein Minimum an Spielräumen für eine aktive Wirtschaftspolitik zu erhalten.

Wichtige Politikziele in Verfassung verankern

Gut ist auch, dass die SPD auf der Aussage bestanden hat, dass zum Ausgleich für das Schuldenverbot die Sicherung der öffentlichen Steuereinnahmen notwendig ist. Allerdings, und hier beginnt der problematische Teil, soll diese Aussage nur im Begründungstext auftauchen, nicht aber in der Verfassung selbst. Es ist daher fraglich, ob und wie diese eminent wichtige Zielsetzung auch einen verbindlichen Charakter bekommen kann, so wie das Kreditverbot selbst.

Steuermehreinnahmen nur zur Schuldentilgung?

Vollends problematisch wird es aber dann, wenn die Sicherung der öffentlichen Einnahmehasis mit der Festlegung verbunden wird, dass zukünftige Steuermehreinnahmen ausschließlich zur schnelleren Schuldentilgung verwendet werden dürfen, anstatt zur Finanzierung wichtiger öffentlicher Investitionen als Ausgleich der dann wegfallenden Kreditfinanzierung. Es ist entscheidend, dass wir als SPD bei den folgenden Ausführungsbestimmungen diesem Wunsch v.a. der FDP nicht nachgeben. Denn damit würde aus der pragmatisch richtigen Zielsetzung der Schuldenbremse, die strukturelle Überschuldung des Haushalts nachhaltig abzubauen, eine ideologisch verklärte „Tugend“ gemacht, nach der nur noch „Sparen“ gute Politik wäre.

Warum das so fatal wäre, wird deutlich, wenn man die Auswirkungen in die

Zukunft hochrechnet. Der Senat hat ausgerechnet, dass die Ausgaben Hamburgs in den nächsten zehn Jahren nur um 0,88% pro Jahr steigen dürfen, um 2020 einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen – und zwar nominell, d.h. ohne Ausgleich der Teuerungsrate.

Sinkt Hamburgs Leistungsfähigkeit jährlich um 1%?

Da wir aber realistisch von einer Teuerungsrate für die Staatsausgaben (Personalkosten plus Sachausgaben, also Tarifierhöhungen plus Inflation) von mindestens 2% pro Jahr ausgehen müssen, bedeutet das nichts anderes, als dass die faktische, reale Leistungsfähigkeit unseres Stadtstaates jedes Jahr um mindestens ein Prozent zurückgeht. In zehn Jahren wäre also die Leistungsfähigkeit Hamburgs um mindestens 10% verringert. Jeder kann sich ausmalen, was das für Bildung, Arbeit, Soziales und Kultur, aber auch für die wirtschaftliche und Verkehrsinfrastruktur und die Substanz unseres Gemeineigentums insgesamt bedeuten würde.

Um ein solches Kaputtsparen unseres Gemeinwesens zu verhindern, kommt es also entscheidend darauf an, die wegfallenden Kredite durch höhere Steuereinnahmen auszugleichen. Dies kann aber Hamburg nicht entscheiden, sondern das muss auf Bundesebene durchgesetzt werden. Deshalb fordert die SPD ja auch endlich höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen.

Steuermehreinnahmen für öffentliche Aufgaben!

Diese strukturellen Steuermehreinnahmen für Hamburg müssen dann aber auch für öffentliche Aufgaben und Investitionen eingesetzt werden und nicht für eine schnellere Kredittilgung. Das wäre gute, pragmatische Politik. Ausschließlich zu Sparen wäre ein ideologischer Irrweg. ●

Evokation des Bebauungsplanverfahrens Langenhorn 73

Am 1. März hatte die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnen beschlossen, das Planverfahren Langenhorn 73 (Siedlung Wulffsgrund) zu evozieren und meine Behörde zu beauftragen, das Bebauungsplanverfahren zügig wieder aufzunehmen und fortzuführen



Von Jutta Blankau

Diese Entscheidung war richtig und notwendig, weil sie die Schaffung von Planrecht zur Realisierung von 150 zusätzlichen Wohneinheiten und Ersatz von 550 Wohnungen durch Neubauten ermöglicht. Doch an dieser Stelle möchte ich weniger auf die Planinhalte eingehen, auch wenn wir mit diesem Plan einen weiteren Schritt nach vorn für mehr bezahlbaren Wohnraum, für mehr Lebensqualität der jetzigen Mieterinnen und Mieter und für einen besseren Klimaschutz in Hamburg gehen werden.

Evokation nicht unumstritten

Dennoch war diese Entscheidung in der Öffentlichkeit und auch in Teilen unserer Mitgliedschaft nicht unumstritten. Immerhin bedeutet sie, einen erfolgreichen Bürgerentscheid im Bezirk aus gesamtstädtischer Betrachtung heraus ins Leere lau-

fen zu lassen. Wir haben uns die Entscheidung deshalb nicht leicht gemacht und sie nach sorgfältiger Abwägung doch gegen den lokalen Bürgerentscheid und für den Wohnungsbau und die betroffenen Mieter/innen in Hamburg getroffen.

Denn darin besteht doch der Kern des Konflikts: Als wir im vergangenen Jahr mit Olaf Scholz als unserem damaligen Spitzenkandidaten und heutigem Bürgermeister einen sensationellen Wahlsieg errungen haben, geschah dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Versprechens, jährlich 6.000 Wohnungen zu schaffen.

Dies ist dringend erforderlich, nachdem der Wohnungsbau unter den CDU-geführten Senaten in den vergangenen Jahren fast zum Erliegen gekommen ist; rasante Mietpreisentwicklungen und die Verdrängung von weniger zahlungskräftigen Bevölkerungsgruppen waren die Folge.

Meine Behörde hat deshalb zügig nach der Senatsbildung damit begonnen, die Wohnungswirtschaft und die Bezirke an einen Tisch zu holen, um durch ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm diesen Missstand zu beheben. Die Entwicklung der Anzahl der erteilten Baugenehmigungen und die Anzahl der bewilligten Sozialwohnungen bestätigen uns, dass dies Vorgehen der richtige Weg ist.

Wohnungsbau als Markenzeichen

Insgesamt ist es uns als Regierungspartei gelungen, den Wohnungsbau als positives Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in der Zusammenarbeit von Senat und Bezirken zu etablieren. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, uns diesen Erfolg nicht nehmen zu lassen.

Diese Gefahr besteht jedoch, wenn Bürgerentscheide wie in Langenhorn sich aus durchsichtigem Eigeninteresse der Initiatoren gegen den Wohnungsbau richten und wir als Parteiorganisation nicht mehr über das nötige Maß an Kampagnenfähigkeit verfügen, um in der Öffentlichkeit dagegen zu halten.

Immerhin hat das Bezirksamt Hamburg-Nord 2009 das Bebauungsplanverfahren Langenhorn 73 ursprünglich zur Realisierung von 250 zusätzlichen Wohneinheiten und den Ersatz von 550 Wohnungen durch Neubauten eingeleitet.

Als dann 2011 das Bürgerbegehren mit populistischen, aber einprägsamen Botschaften vom Erhalt günstigen Wohnraums durchgeführt worden ist, konnten wir als Partei in der Öffentlichkeit offensichtlich nicht hinlänglich deutlich machen, dass es den Initiatoren aus der Nachbarschaft zur Wulffschen Siedlung lediglich um ihr eigenes Wohnumfeld ging und sie die baulich und energetisch völlig maroden Häuser der Wulffschen Siedlung für ihre Eigeninteressen missbrauchten.

Anhören Mitreden

Öffentliche Diskussion
Bebauungsplan-Entwurf
Langenhorn 73

Nachverdichtung der
Wohnbebauung

Donnerstag, 17. Juni 2010
19.00 Uhr
Schule Langenhorn (Aula)
Grellkamp 40
22415 Hamburg

Eintritt frei



●Plangebiet Langenhorn 73

●Veranstaltungsort

Informationsmaterial kann ab dem 10. Juni 2010, Montags bis Donnerstags in der Zeit zwischen 9.00 und 16.00 Uhr und am Freitag zwischen 9.00 und 14.00 Uhr im Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg eingesehen werden



Stadtentwicklungsausschuss
Bezirksversammlung
Hamburg-Nord

B-Planentwurf berücksichtigt Anwohnerinteressen

Das Bezirksamt hat daraufhin gleichwohl den Bebauungsplanentwurf verändert, um ihn nunmehr noch stärker am Bestand zu orientieren und durch den Bau von ca. 150 zusätzlichen Wohneinheiten und den Ersatz von 550 Wohnungen durch Neubauten insgesamt 650–700 zeitgemäße und doch bezahlbare Wohneinheiten zu ermöglichen.

Nachdem dieser Kompromiss dennoch nicht akzeptiert wurde und das Bürgerbegehren zustande gekommen war, lehnte die Bezirksversammlung des Bezirksamtes Hamburg-Nord im August den Beitritt zum Bürgerbegehren ab. Zugleich

haben Ende August 2011 Gesprächsrunden zwischen der Bezirkspolitik und den Vertretern der Bürgerinitiative stattgefunden, um doch noch einen Kompromiss zu erzielen. Leider ohne Erfolg.

Zusätzlich hat die Bezirksversammlung im August beschlossen, die Arbeiten am Bebauungsplanentwurf ruhen zu lassen, bis der Grundeigentümer seinen Mietern im Gebiet des Bebauungsplans Langenhorn 73 eine Vereinbarung zum Verzicht auf Kündigung des bestehenden Wohnraummietverhältnisses wegen der Umsetzung des neuen Bebauungsplans zugesandt hatte. Mehr geht eigentlich kaum noch.

Dennoch kam es am 27. Oktober 2011 unter Beteiligung von 14,37% der Abstim-

mungsberechtigten zum Bürgerentscheid, wo sich 67,8% der abgegebenen gültigen Stimmen für die Vorlage des Bürgerbegehrens ausgesprochen haben.

Weniger als 10% der Abstimmungsberechtigten im Bezirk für Bürgerbegehren

14,37% der Abstimmungsberechtigten bzw. davon 67,8%. Das ist eine kleine Gruppe, die im Bezirk über den Wohnungsbau und damit über die Lebensqualität vieler Menschen entscheiden will!

Das können wir nicht akzeptieren und müssen als Partei deutlich Farbe bekennen und Kampagnenfähigkeit beweisen.

Vor allem aber müssen wir unsere Positionen gegenüber der Öffentlichkeit zweifelsfrei deutlich machen. Dies ist am Beispiel Langenhorn 73 nicht mehr gelungen bzw. zu spät versucht worden.

Aber auch in unserer internen Kommunikation müssen wir besser werden; „der Senat“ ist inzwischen nicht mehr der politische Gegner. Der Senat, das sind wir – wir sind Regierungspartei. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen Bezirks- und Senatsebene.

Die Entscheidung für eine Evokation haben wir zuvor mit dem Bezirk vereinbart. Umso weniger hätte ich deshalb erwartet, dass die Bezirksversammlung mit den Stimmen unserer Fraktion unter der Überschrift „Langenhorn 73 nicht evozieren“ einen Beschluss fassen würde, der zwar viel weicher formuliert war, als der Betreff erahnen ließ. Der aber in der Presse unweigerlich zitiert wurde mit Formulierungen wie: „Selbst die SPD vor Ort wehrt sich“ (Morgenpost vom 02.03.2012) oder „Die Bezirksversammlung Nord, die einst für das Projekt gestimmt hat, sieht die Evokation kritisch.“ (Abendblatt vom 02.03.2012).

Dies hatte ich kürzlich bereits bei meinem Besuch der SPD-Bezirksfraktion kritisch angemerkt und wiederhole es hier noch einmal, denn zum Ende der Legislaturperiode werden wir vor allem auch am Erfolg unserer Wohnungspolitik gemessen werden.

Unklarheiten in der Kommunikation würden dann verhängnisvoll sein. Lasst uns in diesem Sinne schon jetzt gemeinsam die Grundlagen für einen Wahlsieg in 2015 legen.

NPD trotzdem verbieten!

Es kann in der gegenwärtigen Debatte um ein NPD-Verbotsverfahren leicht der Eindruck entstehen, die Hauptarbeit in der Nazi-Bekämpfung bestünde in einer möglichst „wasserdichten“ Vorbereitung des juristischen Verfahrens gegen die NPD

Von Wolfgang Ehnold

Wenn dann das Urteil des Verfassungsgerichts zugunsten der Demokratie ausfiele, könnte die weitere Auseinandersetzung mit dem Nazismus den Strafverfolgungsbehörden überlassen werden; die Wurzel des Übels wäre ausgerissen. Das ist aber nicht der Fall - diese Vorstellung reflektiert ein falsches Bild.

Wenn wir uns die Geschichte der Parteiverbote in den letzten 140 Jahren anschauen, sehen wir zunächst, dass diese Verfahren in ihren Voraussetzungen und Auswirkungen kaum miteinander vergleichbar sind – und doch taucht eine Zahl immer wieder auf: ca. zwölf Jahre nach einem Verbot kehrt die verbotene Partei potenziert gestärkt auf die politische Bühne zurück. Dies ist keine naturgesetzliche Konstante, es gibt Abweichungen.

Doch warum sollte eine historische Erfahrung, die seit Bismarcks „Kulturkampf“ gegen den Katholizismus und dessen Parteien bis zu den letzten Parteiverboten in den 1950er Jahren galt, für die Beurteilung der heutigen NPD keine Rolle mehr spielen? Warum die NPD 2013 verbieten, wenn sie ab 2025 doch wieder erfolgreich unter geändertem Namen in die Parlamente einziehen wird? Warum also trotzdem die NPD jetzt verbieten?

Wir haben heute einen unschätzbaren ausschlaggebenden Vorteil: es gibt Botschaften von Opfern und Zeitzeugen des Nationalsozialismus, aus denen wir lernen, was Nazi-Terror bedeutet, wenn er sich beginnend aus kleinen Zellen mit großem Umfeld verstrickt mit Behörden, die eigentlich für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Verfassung eingerichtet wurden. In Ungarn, Lettland, Finnland, Schweden, in vielen Ländern Europas gibt es heute starke rechtsextremistische Kräfte, dagegen aber auch Sozialdemokraten, AntifaschistInnen und BürgerrechtlerInnen, die sich ihnen in den Weg stellen und ihnen auf die Füße treten.

Deutsche Sonderstellung

Die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland wird im



europäischen Ausland aufmerksamer denn je beachtet. Wenn die deutschen Sozialdemokraten erfolgreich darin sind, den Nazis hierzulande Einhalt zu gebieten, leisten wir dadurch auch einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung sozialdemokratischer Parteien in jenen Ländern, die sich ebenfalls von ihrer braunen Pest befreien und kurieren wollen.

Der europäische Nationalsozialismus hat seinen historischen Ort im Kontinuum der Geschichte, seine Quellen und Bestandteile sind erforschbar. Verstehbar ist er aber nur als beispiellose Singularität der Verbrechen, der Unmenschlichkeit, erzeugt durch Antisemitismus und Rassismus in Deutschland. Dieses vage Verstehen, dieses noch sehr lückenhafte Kenntnis von dem, was Nationalsozialismus war und ist, können wir immer weiter ausbauen und unsere theoretischen Fortschritte dabei ständig in der Praxis verifizieren durch einen permanent intensivierten antifaschistischen Kampf. Wir können den nazistischen Organisationen, die durch ein NPD-Verbot gestärkt sein werden, eine Organisation des Antifaschismus gegenüberstellen, die jenen an Effektivität überlegen ist, weil sie auf den

niemals verblässenden Erfahrungen der Opfer beruht. Andernfalls wären unsere Studien nutzlos und dienten bestenfalls unserer "Allgemeinbildung" oder gar der "Vergangenheitsbewältigung". Nur wenn unser politisches Bewusstsein von dieser Erkenntnis der Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes ganz durchdrungen ist, können wir aus ihr die Kraft schöpfen, der NPD nicht nur für 2013 ff., sondern nachhaltig ein Ende zu bereiten.





Esther Bauer, Richard Haufe-Ahmels, Barbara Nitruich, Dagmar Wiedemann, Harald Rösler (v.l.n.r.)

»Einfach Esther« - einfach Klasse

Es war eine andere Art von Veranstaltung zu dem ernsten Thema Holocaust, zu der die Bezirksversammlung Hamburg-Nord und das Stadtteilarchiv Eppendorf einluden

Der 18-jährige Regisseur Richard Haufe-Ahmels zeigte seine Bertini-Preis-gekrönte Arbeit über die Hamburger Jüdin Esther Bauer und ihre Jugendzeit in Eppendorf. Nach ihrer Mutter Maria Jonas wurde übrigens der Platz vor dem ehemaligen Karstadt-Gebäude in Eppendorf benannt. Die 87-jährige Esther Bauer wurde durch das Engagement der Bürgerschaftsabgeordneten Barbara Nitruich extra aus New York eingeflogen. Im Bezirksamt, wo sonst nur Abgeordnete debattierten, trafen sich eine große Anzahl von Jugendlichen und Erwachsenen. Bei der Filmaufführung wurde geschmunzelt, gelacht und manche Augen wurden feucht. Richard Haufe-Ahmels zeigte anhand der Person Esther Bauer das Ausmaß der Angst und Demütigung im Dritten Reich so anschaulich, dass man sich in die Zeit hineinversetzen konnte. Durch den Film wurde auch deutlich wie man Jugendlichen das Unrecht im Dritten Reich mit Theater und Diskussion sehr viel näher bringen kann, als nur mit Geschichtsbüchern. Dieses Anliegen ist dem jungen Regisseur grandios gelungen.

Esther Bauer war eine pubertierende Jugendliche, wie viele in ihrem Alter mit all den normalen Phasen der Auflehnung gegen die Eltern, jedoch geriet sie anders als ihre Nachbarkinder in die Klauen der Nazis. Sie überlebte mit viel Glück verschiedene Konzentrationslager und musste unter anderem Nieten für Flugzeuge herstellen. Aber sie fand sich mit ihrem Schicksal nicht ab. Sie wollte leben, nicht nur überleben. So leistete sie als Zwangsarbeiterin heimlich Widerstand, indem sie bei der Nietenherstellung kleine Fehler einbaute, sodass kein Flugzeug durch ihre Hilfe fliegen konnte.

Die Zuschauer konnten der 87-jährigen New Yorkerin Esther Bauer und dem 18-jährigen Regisseur im Anschluss Fragen stellen. Auf die Frage, ob sie die Deutschen hasst, antwortete sie, „Wer hasst wird hässlich. Wer voller Hass ist, kann nicht leben und ich will leben“.

Der Lebensfreude von Esther konnte man sich nicht entziehen und wir hoffen Frau Bauer noch häufiger erzählen und lachen zu hören. ●

Sicherheit: Fragen ohne Antwort

Das vor rund 40 Jahren fertig gestellte Kongresszentrum muss aufwendig saniert oder abgerissen werden, weil es, so sagen Experten, baulich marode und nicht mehr betriebsicher sei: Unglaublich oder nicht zu glauben?



Von Jürgen Näther

Nachdem vor kurzem ein ähnliches Urteil über das Geomatikum revidiert werden musste, liegt zunächst die Frage nahe, ob einmal mehr Fachlichkeit vorgeschoben wird, weil es in Wahrheit wie im Falle des gewollten Umzugs der Universität an die Elbe um einen weiteren großen Wurf geht, von dem man befürchtet, er könnte als solcher nicht überzeugen.

Ob Pfusch am Bau, vernachlässigte Bauunterhaltung oder ein Beitrag zur Stadtentwicklung – hier geht es um einen anderen, in gewisser Weise grundsätzlicheren Aspekt des Problems: Muss man es hinnehmen, dass einem Bauwerk nach nur 4 Jahrzehnten bescheinigt werden kann, es entspreche nicht mehr den aktuellen Sicherheitsstandards und müsse deshalb umfassend nachgerüstet oder aufgegeben werden? Tatsächlich hat dieser Aspekt in der öffentlichen Diskussion bisher keine Rolle gespielt; eben dieser Umstand ist es, den es zu hinterfragen, genauer gesagt, anzuklagen gilt.

Erfahrungsgemäß ist an dieser Stelle mit dem Einwand zu rechnen, an der Sicherheit dürfe zuallerletzt, will sagen, nie-

mals gespart werden. Die Möglichkeit, dass es Anhebungen von Sicherheitsstandards geben kann, die keinen Nutzen im Sinne von Risikominderung stiften, wohl aber erhebliche finanzielle Mittel binden, bleibt in aller Regel undiskutiert – mit einer Ausnahme: Die Experten, die Normen zur Sicherheit entwickeln, kennen und beachten den Kostenaspekt durchaus, jedoch – meine These – in unzureichendem Maße. Dass dem so ist, lässt sich am Beispiel Hamburgischer Schulgebäude eindrucksvoll zeigen.

Als Ende des 19. Jahrhunderts die von der Bevölkerung respektvoll als Schulschlösser bezeichneten Gebäude errichtet wurden, empfand man sie nicht nur als prächtig, sondern selbstverständlich auch als sicher – insbesondere unter dem Aspekt des Brandschutzes. Und wie wir heute wissen, hatte man sich nicht getäuscht: Solange es diese Schulen gibt, ist nicht ein einziges Kind durch Feuer oder Rauch zu Schaden gekommen. Die Nutzung dieser Schulen ist faktisch risikofrei.

Gleichwohl sind im Laufe der letzten Jahrzehnte, als die Kriegsfolgen beseitigt waren und der quantitative Raumbedarf im wesentlichen befriedigt war, enorme Summen aufgewendet worden, um sichere Gebäude noch sicherer zu machen: Massenweise wurden Rauch und Feuer hemmende Türen eingebaut, Flure jedem pädagogischen Betrieb entzogen und zusätzliche Fluchtwege in Form zusätzlicher – in der Regel dritter – Treppenhäuser geschaffen. Und selbstverständlich wurden Neubauten entsprechend aufwendig konzipiert. Wie konnte es dazu kommen, warum findet diese Entwicklung bis heute kein Ende und warum gibt es dazu keine vernehmbaren kritischen Stimmen?

Nur ein „Expertenthema“?

Sicherheitsstandards und ihre Entwicklung werden nahezu ausschließlich in Expertenkreisen thematisiert. Das hat zweierlei Konsequenzen: Zum einen ist es

zwangsläufig, dass in diesen Kreisen fortwährend neue Normen entwickelt werden; anders scheint sich die Bedeutung jener überregional vernetzten Zirkel kaum begründen zu lassen. Und zum anderen unterbleibt jede kritische Diskussion außerhalb von Expertengremien, weil Politik und Verwaltung davor zurückschrecken, Sicherheitsstandards in Frage zu stellen; wer wollte es ohne Not riskieren, in den Ruf zu geraten, die Bevölkerung vermeidbaren Risiken auszusetzen? Ist es überraschend, dass die politischen und administrativen Leitungen von Fachbehörden nicht geneigt sind, ihre ohnehin ausgedehnten Problemfelder zu erweitern, indem sie im Interesse eines sinnvollen Haushaltsvollzuges die Sinnhaftigkeit von Sicherheitsnormen in Frage stellen?

Weitere Beispiele für nur eine scheinbar der Sicherheit dienende Ressourcenverschwendung gefällig? Ich beschränke mich auf eines – ebenfalls aus dem Schulbereich: Alle zwei Jahre sind Lehrkräfte gehalten, sich einem 8-stündigen Erste-Hilfe-Kursus zu unterziehen. Dass derartiges in den Präsenztagen am Ende der Sommerferien stattfindet, kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie sorglos mit Lehrerarbeitszeit umgegangen wird. Ein fataler Nebeneffekt: Lehrerinnen und Lehrer lernen gleichsam exemplarisch, wie ihre Behörde auf Maßnahmen setzt, von denen die Praxis weiß, dass Aufwand und Ertrag in keinem vernünftigen Verhältnis zu einander stehen. Und auch hier gilt: Niemand traut sich, diesem Unsinn entgegenzutreten, weil man den Vorwurf scheut, es werde nicht alles, aber wirklich alles für die Sicherheit der Kinder getan.

Besserung wäre von Verantwortlichen zu erwarten, die sich im besten Sinne als Generalisten verstünden und ihrer Aufgabe gerecht würden, zu der auch der Widerspruch gegen Arbeitsergebnisse gehört, die sich mit dem Heiligenschein des Expertentums gegen Kritik schützen. Vielleicht bieten Zeiten extrem knapper Mittel günstige Voraussetzungen – obwohl wir uns die nicht wünschen sollten. ●

Der Arbeitskreis Soziale Stadt

Wir sind ein neues Angebot für alle Genossinnen und Genossen, die an dem Thema Stadtentwicklung interessiert sind

Den ersten inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Frage, wie sich die Kürzungen der CDU-FDP-Bundesregierung im Bereich der sozialen Stadtentwicklung auf die Arbeit unserer Stadtteilbeiräte auswirken. Dies haben wir mit Vertretern aus allen Stadtteilräten des Kreises diskutiert. Danach beschäftigte sich der AK vor dem Hintergrund des erklärten Senatszieles von jährlich 6.000 zusätzlichen Wohnungen in der Stadt mit unseren Anforderungen an die Qualität des Wohnungsbaus. Hierzu konnte auf Einladung des Distriktes Mühlenkamp ein ausgesprochen interessanter und auch gut besuchter Rundgang durch Mühlenkamp und einen Teil der Jarrestadt durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Diskussion waren Grundlage eines Antrages, der vom AK formuliert, über den Kreis auf einem Landesparteitag eingebracht und im Wesentlichen so beschlossen wurde.

Aktuell liegt das Hauptaugenmerk auf



den Möglichkeiten zum Schutz von Mieterinnen und Mietern vor der Verdrängung aus ihren Wohngebieten (Gentrifizierung). Zu diesem wichtigen Thema konnte ein Fachanwalt des Mieterverein zu Hamburg als dauerhafter Gesprächspartner gewonnen werden. Wir befassen uns derzeit mit Möglichkeiten für soziale Erhaltungsver-

ordnungen und andere Instrumentarien des Mieterschutzes.

Über weitere Mitglieder, die Spaß an der Diskussion über die spannenden Fragen und Anforderungen an eine „Soziale Stadt“ haben, würden wir uns sehr freuen.

Hede Krüger, Urs Tabbert, Christian Carstensen

Die AsF Hamburg Nord hat gewählt!

Wir haben unseren Vorstand mit Beisitzerinnen verstärkt und wollen personell gut aufgestellt in den nächsten 2 Jahren ein munteres frauenpolitisches Programm aufstellen und umsetzen



Von Petra Ackmann

Viele werden jetzt milde lächeln und sagen, die Frauen hätten ja keine Themen mehr, warum also Feminismus, Ihr habt doch alles erreicht. Schön wärs! Beispiele wie die Quotenregelung sind nicht nur bundespolitisch zu diskutieren, sondern wie wir alle aus leidiger Erfahrung wissen, auch immer wieder in unserer Partei einzufordern. Wenn immer noch Diskussionen geführt werden müssen, in denen frau verbalen Ausfällen ausgesetzt wird wie „lassen wir das Thema Quote, können wir die Diskussion

einmal versachlichen?“, dann weiß frau, das noch viel Basisarbeit geleistet werden muss!

Equal Pay ist aktuell, derzeit wird in der Bürgerschaft ein Gesetzesentwurf erarbeitet: Da wol-

len und müssen wir präsent sein, denn wenn es strukturelle Defizite in unserer Gesellschaft gibt, die gegen eine gleiche Bezahlung gleicher Arbeit stehen, dann müssen diese Defizite auch strukturiert abgebaut werden.

Daneben aber gibt es auch konkret viele Missstände, die man zwar am Rande wahrnimmt, die aber auch politisch aufgearbeitet gehören: Familienzeit und Splittingtarif versus neues Unterhaltsrecht, Gewalt gegen Frauen und strukturelle Defizite in der Möglichkeit der Frau, hiergegen vorzugehen, Minijobs, prekäre Beschäftigung und Altersarmut bei Frauen,

Alleinerziehend und von Armut bedroht: Alles prozentual mehrheitlich Frauenthemen, bei denen es sich unserer Meinung nach lohnt, einmal politisch darüber nachzudenken und dies auch öffentlich zu tun.

Also mal wieder: Das Private wird politisch. Abgegriffen? Nein! Unser Alltag spiegelt all das wider, was unsere Gesellschaft ausmacht. Je mehr wir sind, desto mehr Frauenthemen werden wir finden, an denen politisch gearbeitet werden muss. Dies wollen wir mit Sachverstand machen, nicht mit Polemik, also Frauen: Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Und damit alle Frauen dabei sein können: Kinderbetreuung wird bei allen unseren Veranstaltungen mit angeboten werden, wir wollen jede von Euch erreichen!

Wir werden Euch weiter berichten, schaut dazu auch auf unsere Internetseite unter www.asf-hamburg-nord.de.

Europa verstehen – Vorurteile abbauen

Veranstaltung der Jusos und AG 60+ mit Knut Fleckenstein



Knut Fleckenstein, Eckhard Helms, Steven von Barga (v.l.n.r.)

Europa ist überall. Wir Sozialdemokraten stehen fest hinter dem Ideal eines geeinten Europas und sind mit starker Stimme im Europäischen Parlament vertreten. Ein gemeinsames und handlungsfähiges Europa sehen wir als notwendig an, um die supranationalen Konflikte und Probleme zu lösen. Das geeinte Europa ermöglicht uns allen viel, doch ist den meisten gar nicht bewusst, welche Vorzüge die Europäische Union konkret für Deutschland hat.

Da waren sich alle einig bei der Veranstaltung der AG 60+ und den Jusos Hamburg-Nord. Unter dem Titel „Finanzkrise eine Generationenkrise?“ haben wir gemeinsam mit Knut Fleckenstein, MdEP, am 22. März 2012 im Bürgerhaus Langenhorn diskutiert.

Mehr als 60 Genossinnen und Genossen nahmen an der kontroversen und lebhaften Diskussion mit Knut teil. Sehr erfreulich war dabei, dass sich alle generationsübergreifend beteiligt haben.

Knut schilderte anschaulich, warum für uns Sozialdemokraten Europa so einen hohen Stellenwert im gesellschaftlichen und politischen Alltag einnehmen sollte und dass wir gemeinsam aktiv werden müssen, um die Vorurteile, die innerhalb der Gesellschaft - bedingt durch Schuldenkrise und Fiskalpakt - anzuheben, abzubauen.

Auch im Hinblick auf die 2014 anstehende Europawahl kamen wir überein, dass wir als Sozialdemokraten unser Konzept von der Europäischen Union und unsere Arbeit vor Ort bekannter machen müssen. Immerhin stellen wir Sozialdemokraten den aktuellen Präsidenten des Europäischen Parlamentes.

Hinzu kommt, dass bedingt durch das neue Wahlrecht bei der nächsten Europawahl auch die Bezirksversammlung neu gewählt wird und wir deshalb umso mehr dafür tun müssen, dass der Wahlkampf ein voller Erfolg wird. Für eine sozialdemokratische Politik in Europa und vor Ort bei uns im Bezirk. ●

Jusos Barmbek-Dulsberg



Am 1. Mai gehen wir wieder auf die Straße und demonstrieren für faire Löhne, soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wer sich hier wieder erkennt, der ist auch in der SPD richtig: Ein Blick in die Geschichte hilft schnell auch denen, die den Zusammenhalt der Gewerkschaften und der SPD nicht sofort klar wird. Beide haben ihre Wurzeln im 19. Jhd., als Menschen sich in den Betrieben zusammenschlossen, um gegen ungerechte Löhne und miese Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Auch damals erkannten die Menschen, dass die Probleme nicht allein mit der Masse der Arbeiter bekämpft werden konnten. Die Ursachen für die Ausbeutung mussten auch außerhalb der Betriebe bekämpft werden. Das geschah mit der SPD – beziehungsweise mit ihren Vorläufern.

So wurde eine schlagkräftige Verbindung geknüpft, die zum einen in den Betrieben dafür sorgen konnte, dass nicht länger der Einzelne sich mit den Gegebenheiten in den Betrieben und Fabriken abzukämpfen hatte. Gemeinsam war man stark. Zum anderen war die enge Bindung an die politische und gesellschaftliche Ebene durch eine Interessenvertretung der Belange der Arbeiter – einer Partei – Garant dafür, dass die Umstände verändert werden konnten. Die Beziehung der Gewerkschaften und der

SPD ist seit dem 19. Jhd. durch Höhen und Tiefen gewandert und hat ihren letzten Knick im Jahre 2004. Aus dieser Distanz mussten beide wieder einen Weg finden, miteinander zu agieren.

Auch die Jusos Barmbek-Dulsberg haben sich den Werten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verschrieben. Wir wollen auch in unseren Zeiten die Bedingung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern. Sparpolitik darf nicht allein zulasten der sozial Schwachen geführt werden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Verfehlungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre sich allein in den Sozialsystemen niederschlagen.

Der Blick in die Geschichte hilft dabei, die gemeinsame Arbeit und die Erfolge der Gewerkschaften und der SPD bei der Verbesserung der Lebensumstände zu erkennen. Dafür müssen wir einander zuhören und die Belange der Interessenvertretungen müssen in die SPD getragen werden. Am Montag, den 23.4., begrüßten wir Jusos Barmbek-Dulsberg den Landesbezirksleiter der ver.di Hamburg und wollten über Jugend in der Ausbildung und die Geschichte der ver.di erfahren. Es wurde ein hochinteressanter Abend und knüpfte an eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der ver.di Jugend an, die wir zu Beginn des Jahres durchgeführt hatten. ●

Neuer Juso-Kreisvorstand gewählt

Am 12.04. haben die Jusos in Hamburg Nord einen neuen Kreisvorstand gewählt.

Nach einem kurzen Grußwort des Juso Landesvorsitzenden Hauke Wagner und dem Rechenschaftsbericht des Juso Kreisvorstands, wurde der scheidende Juso Kreisvorsitzende Steven von Barga, der nach mehreren Jahren Amtszeit nicht wieder antrat, vom alten Vorstand mit einem kleinen Geschenk verabschiedet.

Nach einer langen Kandidatenbefragung wurde David Fürcho aus der Juso Gruppe Barmbek-Uhlenhorst Hohenfelde, der sich in der Abstimmung gegen seinen Mitbewerber Matthias Genchi aus der Juso Gruppe Barmbek-Dulsberg durchsetzen konnte, dann zum neuen Juso Kreisvorsitzenden gewählt.

Ergänzt wird der neue Juso-Kreisvorstand von den beiden Stellvertretern Martin Heßelbarth (Barmbek-Dulsberg) und Felipe Oehrwald (Langenhorn) sowie den Beisitzern Jan Borgmann (BaDu), Andrea Dusek (BUH), Svenja Hillebrandt (BUH), Anica Marquart (Langenhorn), Phillipp Schmidt (BaDu) und Julia Wasner (Kerngebiet Nord).

Weiterhin nominierte die Versammlung Phillipp Schmidt als Vertreter im Juso Landesvorstand sowie David Fürcho und Jan Borgmann als Vertreter der Jusos im SPD Kreisvorstand Nord.

Inhaltlich möchte sich der neue Vorstand breit aufstellen und vermehrt junge Menschen dazu bringen sich politisch zu engagieren.

Themen wie der Abbau von Vorteilen gegenüber Europa stehen ebenso auf der Agenda wie das konstruktiv-kritische Begleiten der Senatsarbeit in Hamburg.

Auch kommunalpolitische Themen des Bezirks Nord sollen verstärkt aufgegriffen werden, bei denen man sich besonders auf die Genossen aus der Bezirksversammlung sowie der Bürgerschaft stützen möchte.

Weitere Informationen zum neuen Vorstand, dessen Arbeitsprogramm und zukünftigen Veranstaltungen sind unter www.jusos-hh-nord.de zu finden. ●



Steven von Barga

Anna Gühlcke – oder 65 Jahre gelebte Sozialdemokratie

Annis Rede zu 65 Jahren Parteimitgliedschaft anlässlich der Mitgliederehrung im Distrikt Winterhude



Ja, liebe Freunde! 65 Jahre Mitgliedschaft, das war ein langer Weg! 1946 knappe 23 Jahre alt, frisch verheiratet seit '43, knapp dem Tod entronnen in der großen Bombennacht. Dann großes Aufatmen: 1945 war der Krieg zu Ende. Mein Mann kam fast unbeschadet nach Hause. Er war in Russland. Wir hatten die englische Besatzungsmacht. Um uns herum war ein großes Loch. Keiner wusste wie es weiter ging. Mein Schwiegervater war Sozialdemokrat und hatte große Ohren. Irgendwann kam er mit der freudigen Nachricht, „die Parteien sind wieder zugelassen“ und sagt zu mir „so Mädels, die SPD hat grünes Licht, jetzt ist mir nicht mehr bange“! Und die Genossen von vor 1933 warteten schon, die Arbeit wieder aufzunehmen. Und schon wurde geworben und organisiert und die ersten Versammlungen fanden statt. Mein Schwiegervater nahm erst meinen Mann mit, das nächste Mal durfte ich auch dabei sein, und so wurden wir peu à peu mit der Partei vertraut. Für uns war das alles Neuland. Bereits nach kurzer Zeit wurden wir aktiv. Mein Mann hat in Ot-

tensen die Jungsozialisten aufgebaut. Wir hatten eine starke Gruppe. Neben den politischen Abenden haben wir uns ein buntes Programm erarbeitet mit Gesang und Vorträgen. Mein Mann spielt Akkordeon und so haben wir viele schöne bunte Abende in den Bezirken ausgestaltet mit viel Erfolg und Freude. Wir nannten uns die „Mottenburger Drosseln.“

Ich wurde Falkenhelferin und betreute die kleinen „Nestfalken“ von 7-10 Jahren.

In den Ferien ging es jedes Jahr zum Köhlbrand, zur AWO in die Ferienkolonie. Das waren die 40er Jahre. 1950 kam dann die erste eigene Wohnung am Windsberg in Altona. Die Arbeit ging weiter. Mein Mann wurde Bezirksleiter, ich seine Kassiererin für weitere 10

Jahre. 1960 zogen wir nach Alsterdorf, die politische Arbeit lief uns hinterher, voll wie gehabt. Hans Bezirksleiter und ich habe 25 Jahre kassiert bis zur Abbuchung. Es war eine schöne Zeit mit allem, was wir erlebten bis mein Mann starb. Dann wechselte ich zur AWO. Die Partei war unsere zweite Heimat mit guten Gesinnungsfreunden, mit Solidarität und Anerkennung. Unser Leitspruch hieß immer: „Freundschaft“!



Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender

Tschentscher Peter 01 63/6 36 89 91 p.tschentscher@hamburg.de

stellv. Vorsitzende

Blix Verena 6 91 76 53 vblix@web.de

Tabbert Urs 01 79/5 05 91 56 ra.tabbert@rechtfair.com

Schatzmeister

Bornhöft Ralph 51 32 04 80 ralph.bornhoeft@gmx.de

BeisitzerInnen

Klages Sönke 01 77/5 62 16 40 sklages@alice-dsl.de

Krüger Hede 5 37 47 67 arnoldkrueger@alice-dsl.de

Wowretzko Sylvia 2 27 67 02 wowretzko@t-online.de

Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand

Bekeris Ksenija 69 45 41 87 ksenjabekeris@yahoo.de

Woisin Matthias 2 70 00 88 matthias@woisin.de

Distriktvorsitzende

Langenhorn-Nord

Greguhn Gabi 01 73/2 97 13 11 gabi.greguhn@vodafone.de

Langenhorn-Süd

Carstensen Christian 01 77/2 49 11 13 christiancarstensen@gmx.de

Fuhlsbüttel

Eisold Gunnar 01 76/48 21 18 90 gunnar@gunnareisold.de

Groß Borstel

Nitruch Barbara 46 46 91 barbara.nitruch@t-online.de

Eppendorf

Freitag Jan 88 88 87 77 Freitag@Kanzlei-Michaelis.de

Winterhude-Nord

Seyfarth Cornelius 01 73/9 63 17 18 Montefeltro@gmx.net

Jarrestadt

Hahn Markus 16 39 83 13 30 info@hahn-markus.de

Mühlenkamp

Mellies Dirk 01 60/96 25 47 51 dirkmellies@googlemail.com

Barmbek-Nord/Dulsberg

Leineweber Christopher 61 16 89 47 christopher.leineweber@web.de

Barmbek-Mitte

Kleinow Alex 01 51/40 52 13 87 alex@kleinow.org

Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde

Tode Sven 25 49 73 73 sven.tode@spd-online.de

Weitere Mitglieder im Kreisvorstand

ASF

Bester Angelika 01 72/4 53 99 66 Angelika.Bester@t-online.de

6oplus

Helms Eckhard 01 70/7 65 93 06 eckhardhelms@kabelmail.de

Bezirksfraktion

Domres Thomas 01 70/4 13 26 88 thomas.domres@spd-fraktion-nord.de

Jusvorsitzender in Hamburg-Nord

Fürcho David

Mitglieder des Landesvorstands aus Nord

Damerau Inka 64 20 25 32 inka.damerau@t-online.de

Rose Wolfgang 2 29 91 94 wolfgang.rose@verdi.de

Dräger Gesine 65 90 13 20 gesine.draeger@hamburg.de

Peter Tschentscher und Verena Blix: Kontakt siehe oben!

Abgeordnetenbüros

Ksenija Bekeris

Pestalozzistr. 21 A · 22305 Hamburg
Tel.: 51 90 69 08
Fax: 51 90 69 10
info@ksenija-bekeris.de
www.ksenija-bekeris.de
Büroleiterin: Beate Schmid-Janssen
Mitarbeiter: Alex Kleinow
Di–Fr: 9–13, Mi 9–19 Uhr

Anja Domres

Hegestraße 40 · 20251 Hamburg
Tel.: 6 88 92 01 60
Anja.domres@wahlkreis-ependorf-winterhude.de
www.anja-domres.de
Mitarbeiter: Sebastian Gerdes, Jan Ohmer

Gunnar Eisold

Essener Straße 4 · VALVO-Park, Eingang D3
2. Stock, Zimmer 1.1 · 22419 Hamburg
Tel.: 52 38 87 40
Fax: 52 38 87 58
buergerbuero@gunnareisold.de
www.gunnareisold.de
Mitarbeiter: Helgard Winkel, Martin Heßelbarth, Patrick Meiß

Daniel Gritz

Hegestraße 40 · 20251 Hamburg
Tel.: 6 88 92 01 70
Fax: 6 88 92 01 71
Daniel.Gritz@SPD-Fraktion-Hamburg.de
Mitarbeiter: Lars Möller
Bürozeiten: Dienstag vormittag und Donnerstag nachmittag
Bürgersprechstunde: Jeden Mittwoch 10.30–11.30 Uhr

Dorothee Martin

Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg
Tel.: 32 84 34 27
Fax: 32 84 34 29
info@dorotheemartin.de
www.dorotheemartin.de
Mitarbeiter: Nicholas Gildemeister, Steven von Bargaen,
Gabi Greguhn
Bürozeiten: Mo 10–14, Di 15.30–19.30, Mi 10–14,
Do 15.30–19.30, Sa 10–14 Uhr

Barbara Nitruich

Borsteler Chaussee 92 · 22452 Hamburg
Tel.: 52 87 87 92
Fax: 52 90 15 77
barbara.nitruich@spd-fraktion-hamburg.de
Mitarbeiter: Bastian Faust, Christine Faltynek-Haschke

Jan Quast

Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg
Tel.: 31 81 03 18
Fax: 31 81 03 45
info@janquast.de
www.janquast.de
Mitarbeiter: Markus Hahn

Wolfgang Rose, Sven Tode, Isabella Vértes-Schütter

Ifflandstraße 85 · 22087 Hamburg
Tel.: 61 19 83 12
Fax: 61 19 83 13
Mail Rose: post@wolfgang-rose.info
www.wolfgang-rose.info
Mail Tode: kontakt@sven-tode.de
www.sven-tode.de
Mail Vértes-Schütter: mail@vertes-schuetter.de
www.vertes-schuetter.de
Mail Büro: spd-abg-ho-uh@web.de
Mitarbeiter: Sönke Klages, Jan Greve
Täglich geöffnet

Andrea Rugbarth

Krohnstieg-Center · Krohnstieg 41, III. OG · 22415 Hamburg
Tel.: 28 57 48 78/88
Fax: 28 57 48 84
Rugbarth-hh-nord@gmx.de
www.andrea-rugbarth.de
Mitarbeiter: Cornelius Seyfarth
Mo 12–19, Di 13–19, Mi + Do 11–19, Fr 12–15 Uhr
Bürgersprechstunde: Jeden 1. + 3. Freitag im Monat 13–15 Uhr

Urs Tabbert

Bussestraße 29 · 22299 Hamburg
Tel.: 59 35 23 93
Fax: 59 35 23 95
urs.tabbert@spd-fraktion-hamburg.de
www.urstabbert.de
Mitarbeiter: Nicole Horstmann (Büroleitung), Carsten Gerloff,
Sebastian Mietzner, Benjamin Nielsen
Bürozeiten: Montags und Mittwoch 9–17 Uhr
Dienstag, Donnerstag, Freitag 10–12 Uhr

Sylvia Wowretzko

Dithmarscher Straße 32 · 22049 Hamburg
Tel.: 18 06 32 41
Fax: 57 01 93 24
kontakt@wowretzko.de
www.wowretzko.de
Mitarbeiter: Serkan Agci, Sabine Boedeker
Öffnungszeiten:
Dienstags von 13–18 Uhr
Donnerstags von 9–13 Uhr

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg



Wir sprechen mit Ihnen und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag

14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/-0

Kurt-Schumacher-Allee 10

20097 Hamburg

Kreisbüro der SPD
Hamburg-Nord
Am Hasenberge 44
Tel. 4 60 30 42

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord:

Aktuelle Termine findet Ihr immer unter

www.spd-hamburg.de/nord

Rechtsanwälte Marc Kaiser & Urs Tabbert

Kompetenzen:	Gewerblicher Rechtsschutz
Allgemeines Zivilrecht	Verbraucherschutzrecht
Arbeitsrecht	Hochschulrecht
Strafrecht	Prüfungsrecht
Mietrecht	Personalvertretungsrecht
Internetrecht	Scheidungen, Erb- und Verkehrsrecht

Sprechzeiten: Montag–Freitag 10–18 Uhr

Möllner Landstraße 20 · 22111 Hamburg
Tel.: 0 40/736 798 11 · Fax: 0 40/736 798 12

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 37): 15.07.12. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ **Post:** Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Zesenstr. 7, 22301 Hamburg

✉ **E-Mail:** ra.tabbert@rechtfair.com

☎ **Telefon:** Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

Herausgeber: SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42 Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de www.spd-hamburg.de/Nord

V.i.S.d.P.: Peter Tschentscher
Redaktion: Urs Tabbert, Serkan Agci. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung: Thomas Biedermann, Kreativ-Schmie.de, www.kreativ-schmie.de

Bilder: S. 2 © Peter Tschentscher, S. 4/5 © Jens Schwieger, S. 7 © Lea M. Haschke, S. 8 © Jürgen Näther, S. 9 © Urs Tabbert, © AsF Hamburg-Nord, S. 11 © DGB, S. 12 © Alexander Kleinow, S. 13 © Bastian Faust

Druck: Print Media Innovation GmbH, Hamburg

10-jähriges Jubiläum:

Ich bedanke mich beim SPD-Kreis Hamburg-Nord für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit!

© Foto: Rainer Sturm/pixelio.de



Editorial Design

www.Kreativ-Schmie.de
Thomas Biedermann